

Die "Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 12 M., im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Geschäftsband besorgen für Deutschland, Österreich, Ungarn, Dänzig, das Baltikum u. Vorpommern sowie für die übrigen deutschen Gebiete Polens u. Litauens 20 M., für das übrige Ausland 27 M., per Brief bez. für Deutschland u. Österreich-Ungarn 95 M., für das übrige Ausland 100 M. Fernsprecher: Zentrum 15230-15239

Die schlagfertigsten Konversationen über deren Raum kostet 5.- M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2.- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 2,50 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Woch-Anzeigen: das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.- M.

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Der Friede mit den Vereinigten Staaten

Zurückziehung der amerikanischen Besatzungstruppen

Wash. Tel. Washington, 1. Juli.

Die Friedensvorlage ist nach ihrer gelungnen Annahme durch das Repräsentantenhaus an den Senat weitergegangen. Man glaubt nicht, daß sie im Senat auf große Opposition stoßen wird. Man nimmt an, daß sie spätestens am nächsten Montag vom Präsidenten Harding unterzeichnet werden kann. Die Herstellung des Friedenszustandes zwischen den beiden Völkern, wenigstens praktisch genommen, ist also nur noch eine Frage von Stunden. Die bekannte Friedensresolution bedeutet nicht nur die Beendigung des Kriegszustandes, sondern sie enthält auch Bestimmungen über die Rückgabe des Eigentums der beiderseitigen Staatsangehörigen.

Die Ratifikation des Friedensvertrages kann allerdings noch sechs Monate auf sich warten lassen. Die amerikanische Regierung hat sich daher entschlossen, die amerikanischen Truppen sofort vom Rhein zurückzurufen und zwar spätestens am 4. Juli. Die englische, französische und die belgische Regierung sind von der amerikanischen über dieses Vorhaben bereits unterrichtet worden, damit sie Maßnahmen für die Befreiung des Koblenzer Brückenkopfes treffen können.

Washington, 30. Juni.

Das Repräsentantenhaus hat den Bericht der Konferenzmitglieder der beiden Häuser über die Resolution, derzufolge der Kriegszustand mit Deutschland und Oesterreich-Ungarn aufgehoben wird, angenommen.

Die Abfertigungsfrage in Amerika

Washington, 1. Juli.

Das Repräsentantenhaus nahm gestern den Marinehaushalt an und gleichzeitig den Antrag Borch, der den Präsidenten ermächtigt, England, Japan und anderen Großmächten Verhandlung über die Verminderung der Seekriegskräfte anzuknüpfen. Vier Mitglieder des Repräsentanten-

hauses stimmten gegen die Resolution Borch. Vor der Abstimmung wurde ein Schreiben des Präsidenten an die republikanischen Parteiführer des Repräsentantenhauses verlesen, in dem er den Wunsch ausdrückt, daß der Kongreß sich zugunsten der Abrüstung aussprechen möge.

150 000 Mann amerikanisches Heer

Washington, 30. Juni.

Präsident Harding hat das Gesetz unterschrieben, wonach vom 1. Oktober ab die gesamte Mannschaftsstärke des amerikanischen Heeres auf 150 000 Mann herabgesetzt wird.

Die neue amerikanische Zollgesetzgebung

Verstärkung des Schutzzolls

Washington, 1. Juni.

Die neue Vorlage über die künftigen Zollgebühren, die im Repräsentantenhaus eingebracht wurde, sieht eine Erhöhung der Zollgebühren auf die meisten Waren vor. Eine Gebühr von 35 Cents wird auf das englische Pfund rohen Mineralöls gelegt, eine solche von 25 Cents auf das Pfund Verbrennungsoil. Die neue Vorlage sieht für die Dauer von drei Jahren eine Veranschlagung der Zollsätze für die Einfuhr von Eisenwaren vor, und zwar durch Errichtung eines Systems von besonderen Einfuhrermäßigungen. Sie ermächtigt weiter den Präsidenten, Handelsverträge auf der Grundlage der Gegenseitigkeit mit allen Ländern abzuschließen, sofern er den Abschlüssen eines solchen Vertrages als den Interessen der Vereinigten Staaten förderlich erachtet. Die Vorlage ermächtigt ferner den sogenannten Tarifausschuß, Erhebungen über das Geschäftsgeschehen der Einfuhrhäuser anzustellen und die Unterlagen der ausländischen Erzeuger zu prüfen, die ihre Waren nach Amerika exportieren.

Die neue Tarifbill veranschlagt den Ertrag auf sieben Millionen Dollars fähig gegen dreihundert Millionen Dollars, welche der vor dem Kriege eingeführte Panne-Adrich-Tarif erbracht hat. In vielen Fällen übersteigen die neuen Sätze die Sätze des Panne-Adrich-Tarifs, in anderen sind sie entsprechend niedriger. Indessen erhöht die neue Bill die Zollpflichtigkeit eines großen Teils der jetzt dem Tarif unterliegenden Einfuhr, macht aber auf der Preisliste keine bemerkenswerten Zusätze.

30 000 Werftarbeiter von Arbeitslosigkeit bedroht

Drohende Massenentlassungen auf den Schiffswerften

Der Weltkrieg und der nachfolgende Friedensvertrag nahmen der deutschen Seeschiffahrt die eigene Handelsflotte größtenteils wegzunehmen. Ueberlebensgesetz und zuletzt das Reedereibehaltungsgesetz leiteten dann die große Hilfsaktion für die Schiffe ein. 12 Milliarden wurden insgesamt als „Entschädigung“ für die Reederei bewilligt, wobei ihnen die Verpflichtung auferlegt ist, ein Drittel der ehemaligen Handelsflotte — 2 1/2 Millionen der früheren 7 1/2 Millionen Tragfähigkeitstonnen — inner zehn Jahren wieder aufzubauen und beziehungsweise zu ersetzen.

Der Neubau ist ein Verlustgeschäft. Solange die Reederei durch die vom Reich zur Verfügung gestellten Milliarden aus dem Vollen wirtschaften konnten, ging das „Vergütungsprogramm“ der Gesamtkumme veranlaßt ein bestimmtes Bauprogramm, das gleichzeitig die zur Verfügung stehenden Gelder auf Jahre verteilt. Und nun ergibt sich, daß die von den Werften zum Neubau abfindungsberechtigten Schiffe für das laufende Jahr eingeforderte Summe den für das Baujahr 1921 vorgesehenen Betrag um mehr als das Doppelte übersteigt.

Die Folge ist die Kündigung von Werftarbeitern. Die deutschen Schiffswerften waren vor dem Kriege 75 000 Arbeiter beschäftigt, heute etwa 100 000. Von diesen kommen rund 600 für den Neubau abfindungsberechtigter Schiffe in Frage. Der übrige Teil ist mit dem Neubau oder Reparaturen von Lokomotiven, Eisenbahnwagen usw. oder mit anderen Schiffen beschäftigt. Wird die weitere Arbeit am Neubau abfindungsberechtigter Schiffe entsprechend der für das Jahr 1921 auf dem Milliardenfonds des Reiches vorgesehenen Summe reduziert, die Entlassung von 30 000 Werftarbeitern, die sich in dieser Zahl auf wenige Werften konzentrieren.

Die Bedeutung dieser Katastrophe tritt um so mehr in die Erscheinung, als hier Katastrophen wie Hamburg, Kiel, Bremen, Bremerhaven, der Hafen- und Seeverkehr seit langen Jahren fast vollständig erliegt und damit das Wirtschaftsleben einer der schwersten getroffen ist.

Mit dieser Sachlage beschäftigte sich am letzten Sonntag eine von sämtlichen Werften stark besetzte Werftarbeiter-Konferenz in Ham. Genosse Dörmann, der sich mit anderen Vertretern des D. B. seit Wochen in eingehenden Verhandlungen mit Regierung, Parlament und im Ueberwachungs-, Bau- und Verteilungsausschuß der Schiffbau-Treuhand-Bank (Reedereibehaltungsausschuß) das Schicksal der Werftarbeiter bemüht, gab ihnen umfassenden Referat eine Gesamtschau. Eine große Aussprache folgte. Auch kam es zu einer Rede von Genosse Dörmann zu Wort. Ihr erster Redner sprach eine volle Stunde. Hier wäre nun für die Kommunisten Gelegenheit gewesen, auf den schlagenden Nachweis für den „Arbeiter-

verrat“ der Gewerkschaftsführer zu erbringen oder bessere Vorschläge zu machen. Doch weit gefehlt. In den kommunistischen Organen und Versammlungen in gewissenloser Weise aufzuführen ist leicht. Anders jedoch, wenn es gilt, ernste Beratungen zu pflegen.

Die Werftarbeiter-Konferenz erkannte die bisherige Tätigkeit der Gewerkschaftsleitung im vollen Umfange an und brachte dies gegen 4 Stimmen (bei 126 Teilnehmern) zum Ausdruck in der Annahme folgender Entschlieung:

„Die Werftarbeiterkonferenz vom 26. Juni 1921 nimmt Kenntnis von dem Ernst der Lage auf den Schiffswerften, der in dem eingehenden, sachlichen Referat des Kollegen Dörmann seinen Ausdruck fand. Die Besammelten sind mit dem Referenten der Ansicht, daß es unmöglich ist, auf Grund eines reduzierten Bauprogramms Zehntausende von Werftarbeitern völliger Arbeitslosigkeit preiszugeben. Solche Massenentlassungen würden angesichts der allgemeinen, andauernden Wirtschaftskrise nicht nur die davon Betroffenen völliger Verelendung aussetzen, sondern müßten in ihren Folgewirkungen zu katastrophalen Auswirkungen führen. Die Konferenz erkennt die bisherigen Bemühungen der Organisationsvertreter an und hebt hervor, daß mit allem Nachdruck die eingeschlagenen Richtlinien weiter verfolgt werden müssen.“

Die gegenwärtig wirtschaftlich-soziale Notlage zwingt dazu, das vorgesehene Bauprogramm in seinem Zeitmaß zu reduzieren, um das schwere schwerste Krisenstadium zu mildern. Gleichzeitig muß von den Werften verlangt werden, daß sie alles aufbieten, um andere Arbeiter mit heranzuziehen, desgleichen von den Reedereien, daß sie neben den aus Reichsmitteln zu erbauenden Schiffen auch aus eigenen Mitteln weitere Arbeit ausführen lassen.

Es ist unmöglich, trotz der vorgenannten praktisch zu verwirklichenden Vorschläge eine volle Beschäftigung der Werftarbeiter zu ermöglichen, so ist als letzter Schritt eine Streckung der Arbeit, die sich auf das zwingendste Maß zu beschränken hat, durch eine Verstärkung der Arbeitszeit oder Einlegung von Feiertagen vorzunehmen, um Entlassungen der heute auf den Werften Beschäftigten zu vermeiden. Die Werftarbeiterkonferenz appelliert dabei an die Solidarität aller.“

Diesem Beschluß der Werftarbeiter ist in vollem Umfange zuzustimmen. Mit allem Nachdruck ist zu verlangen, daß entsprechend der Resolution verfahren wird. Die drohenden Massenentlassungen der Werftarbeiter, die bereits in mehreren Orten angefangen wurden, müssen unbedingt vermieden werden.

In den letzten Tagen fand erneut eine Bauausschuß-Sitzung statt, in der Genosse Dörmann u. a. Vorschläge der Werftarbeiterkonferenz eindringlich verteilte. Es wurde ein vorläufiges Uebereinkommen erzielt, indem auf den Werften, wo kein anderer Ausweg bleibt, Feiertage einzulegen werden, um vorerst größeren Arbeitsentlassungen zu begegnen.

Tschechoslowakische Außenpolitik

Von Albert Winter, München.

Indem wir den nachstehenden Bericht als interessante Information wiedergeben, möchten wir zu den Äußerungen des tschechischen Außenministers bemerken, daß der Kampf um die Revision des Versailler Friedensvertrages ein Bestandteil der internationalen Politik der Sozialdemokratie aller Länder sein muß und daß die Forderung der kulturellen Autonomie der Deutschen in der Tschechoslowakei durchaus gerechtfertigt ist.

Die sozialen und politischen Zustände in der Tschechoslowakischen Republik sind sowohl in nationaler wie in wirtschaftlicher Hinsicht noch nicht so geklärt, daß die staatspolitischen und die Regierungsverantwortlichkeiten sich sichtbar abheben. Als Ausdruck dieser Unklarheit besteht (wie in manchen anderen Ländern) eine Beamtenregierung, die gleichsam über den nationalen und sozialen Parteien schwebt und in Wirklichkeit die Herrschaft der Funktionäre des Staatsapparates darstellt, der die Republik umklammert. Auch der Außenminister Dr. Benesch ist nicht offizieller Parteimann, wenn er auch durch sein Ressort nach außen hin deutlicher in die Erscheinung tritt.

Um die augenblicklichen Zustände in der tschechoslowakischen Republik zu verstehen, muß man sich Entstehung und Wesen der Republik vergegenwärtigen. Man muß sich daran erinnern, daß die Tschechen als die Träger der augenblicklichen Staatspolitik nach innen und außen zunächst um ihre nationale Existenz, um ihre Befreiung von der Herrschaft der Habsburger kämpften. Die tschechische Nation wollte diese Befreiung nicht auf dem Wege eines Krieges. Aber durch den Weltkrieg ergab sich für alle Tschechen ganz von selbst die Forderung nach nationaler Selbstbestimmung. In dieser Forderung nach nationaler Freiheit und Selbstständigkeit trafen sich tschechische Arbeiterklasse und tschechisches Bürgertum, insbesondere die bürgerlichen Intellektuellen. Diese Tatsache bestimmt den Charakter der tschechoslowakischen Innen- und Außenpolitik, auch jetzt noch, nachdem die sozialen Gegensätze innerhalb der tschechischen Nation deutlicher werden. Die tschechische Sozialdemokratie, die ja eine Zeitlang nach der Konstituierung der Republik staatspolitisch führend war, sieht sich vor die Aufgabe gestellt, die Republik, wenn auch nicht mehr nach innen, so doch nach außen, sicherzustellen. Diese Politik hat ihr parteipolitisch geschadet. Breite Arbeitermassen sind zu den Kommunisten abgewandert, die hier freilich etwas anderes darstellen, als man sich unter Kommunisten gewöhnlich vorstellt. Einer der Prager Kommunisten sagte mir hier, daß sie hoffen, bei den nächsten Wahlen im Parlament entsprechend vertreten zu werden. Breite Arbeitermassen wenden sich gegen den Ministerialismus. Trotzdem haben die tschechischen Kommunisten es sich nicht nehmen lassen, zur gleichen Zeit wie die tschechischen Sozialdemokratie eine Olympiade zu veranstalten, die alle die tschechischen Nationalvereine zeigte, die das Leben in Prag so farbig bewegt macht.

Die Kommunisten mühten sich nur mit einem Platz außerhalb der eigentlichen Stadt begnügen, während den tschechischen Sozialdemokraten das im vorigen Jahre für die Soln erbaut große Stadion, in der nächsten Nähe der Prager Altstadt, zur Verfügung stand. Trotzdem brachten die Kommunisten am letzten Sonntag große Arbeitermassen auf die Beine, die freilich nicht an die Massen heranreichten, die im Stadion von der tschechischen Sozialdemokratie gemustert wurden. Bei der sozialdemokratischen Arbeiterolympiade waren die bürgerliche Intelligenz und die Armee sehr stark vertreten.

Es möchte scheinen, als wenn diese Erörterung der Prager Olympiade eine Abweisung von dem Kapitel tschechoslowakischer Außenpolitik wäre. Aber wer die Dinge tiefer ansieht, der findet einen innersten Zusammenhang zwischen dem erwachsenen demokratischen und sozialistischen Geist, der die ungeheure Masse der Teilnehmer an der Olympiade befeuerte, und der Außenpolitik, die die Republik nicht macht, sondern zu machen gezwungen ist.

Die Außenpolitik von Dr. Benesch bewegt sich nach seinen eigenen Äußerungen uns gegenüber auf folgender Grundlage:

Der Versailler Friedensvertrag ist die Richtschnur; denn er begründet die Selbständigkeit der Tschechoslowakischen Republik. Alles, was den Frieden, die Konsolidation Europas und namentlich Mitteleuropas zu fördern geeignet ist, stellt ein Lebensinteresse der Republik dar, die gleichsam das Muster für eine neue demokratische Ordnung der Dinge in Zentraluropa abgeben soll. Darum sind die Entwaffnungsklauseln des Versailler Vertrages eine Lebensfrage für die Republik. Die Frage der Sanktionen berührt zwar nicht direkt, so doch indirekt die Politik der Republik. Von einer Vereinfachung von Truppen war niemals die Rede, es lag kein derartiger Befehl vor.

In der Frage des Anschlusses von Österreich an Deutschland gab es während des Krieges verschiedene Meinungen in der Entente, aber der Versailler

Vertrag hat eine bestimmte Lösung vorgezogen und die Tschechoslowakische Republik muß diese Lösung respektieren.

Die Armee der Republik, die zum großen Teile aus sozialdemokratischen Arbeitern besteht, kann nur der nationalen Verteidigung dienen, weil die Republik an sich nur eine Politik des internationalen mitteleuropäischen Friedens verfolgt und nur dadurch sich die internationale Unterstützung sichert, die sie braucht.

Die Deutschen treiben eine sehr schlechte Politik. Sie haben immer den Hintergedanken, daß irgendwie Hilfe von Deutschland käme und berücksichtigen nicht die internationale Lage. Die deutschen Sozialdemokraten könnten zu Trägern der neuen Politik in der Republik werden, aber sie haben nicht den rechten Mut und tun zu wenig gegen die deutschbürgerlichen Intellektuellen, die vornehmlich ihre Augen nach Deutschland richten, während die deutschen Agrarier und die deutsche Bourgeoisie allmählich anfangen, die nationalen Interessen hinter die Klasseninteressen zurückzustellen. Die Nationalitätenpolitik der tschechoslowakischen Republik, die ja im gewissen Sinne Außenpolitik sein muß, ist auf eine gerechte Behandlung der Deutschen eingestellt. In der Schulfrage sind die Deutschen noch im Vorteil, wenn auch nicht bestritten wird, daß an einzelnen Orten Ungerechtigkeiten vorkommen. Aber wie ungerecht die deutsche Schulpolitik war, geht daraus hervor, daß man vor 10 Jahren in Brünn 39 000 Tschechen und 81 000 Deutsche zählte, während sich jetzt 41 000 Deutsche und 80 000 Tschechen ergaben! In der Armee befinden sich deutschösterreichische Offiziere höheren Grades, die eingestellt wurden, nachdem keine tschechischen vorhanden waren. Auch im Außenministerium werden die Deutschen genommen, die sich melden und die sich auf den Boden der tschechoslowakischen Republik stellen.

Die Nachfolgestaaten der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie müssen durch ein System von Spezialverträgen wirtschaftlich mit einander verbunden werden, wie überhaupt in ganz Zentraleuropa ein ganz neues System der internationalen Befriedigung geschaffen werden muß.

An eine nochmalige Wiederkehr des Kaisers Karl nach Ungarn glaubt Dr. Benesch nicht. Bei dem letzten Abenteuer hat die Tschechoslowakei ein auf 48 Stunden befristetes Ultimatum gestellt.

Mit Bayern sind die wirtschaftlichen Beziehungen im Geleise. Die Prager Polizeidirektion erhebt als Repressalie gegen die Münchener Polizei eine Aufenthaltsgebühr für Bayern.

Soweit die Unterredung mit Dr. Benesch.

Die deutschen Sozialdemokraten sind der Auffassung, daß sich die Klassengegenstände in der Tschechoslowakei erst richtig entwickeln, daß dann der reaktionäre Charakter des tschechischen Bürgertums sich offenbaren wird und dann ein gemeinsames Zusammenarbeiten der tschechischen und der deutschen Sozialdemokratie auf dem Boden der Grundsätze des internationalen Sozialismus möglich ist.

Eidesverweigerung von Staatsbeamten

Vor kurzem ging durch die Presse die Nachricht, daß die Amtsvorsteher des Kreises Belgard, Bez. Köslin, es abgelehnt hätten, sich durch den Landrat Dr. Alrendis auf die Verfassung vereidigen zu lassen. Hierzu geht den P. P. R. von zuständiger Stelle folgende Feststellung zu:

Auf Grund ministerieller Anordnung hatte seinerzeit der Regierungspräsident in Köslin die Landräte seines Bezirks angewiesen, die in ihren Kreisen wohnhaften Staatsbeamten auf die preussische Verfassung zu vereidigen. Darauf hatte sich eine größere Anzahl von Amtsvorstehern und Amtsvorsteher-Stellvertretern des Belgarder Kreises, die zur Vereidigung auf das Landratsamt vorgeladen waren, geweigert, sich durch den Landrat vereidigen zu lassen. Gegen die beiden Führer in dieser Eidesverweigerungsangelegenheit ist inzwischen das förmliche Disziplinarverfahren eingeleitet und beide sind von ihrem Amte als Amtsvorsteher suspendiert, während der Regierungspräsident die übrigen Eidesverweigerer in die höchste zulässige Geldstrafe genommen hat.

Bäume der Heide

Aus der Lüneburger Heide schreibt man uns: Die Lüneburger Heide sieht heute wesentlich anders aus als vor 20 Jahren. Aus der Heide ist allmählich der Heidekiefern- oder Föhrenwald entstanden. Die Kiefer oder Föhre wurde zum Charakterbaum der Heide. Sie ist zwar im Lüneburger Lande nicht historisch bodenständig, hat sich aber durch Anflug urwäldlich so sehr entfaltet und wurde in Aufforstungen und Bauernwäldern so sehr gepflegt, daß die Heide heute ohne die Kiefer und den Kieferwald undenkbar ist. Anspruchlos gedeiht der Baum im sandigen Boden, nur Licht und Sonne verlangt er, die er aber hier in der Heide in reichstem Ausmaße erhält.

Im Frühjahr bis in den Sommer hinein bietet der Kieferwald der Heide einen reizvollen Anblick, mag er auch im heißen Hochsommer reichlich eintönig erscheinen. Auch die Kiefer verjüngt sich im Frühjahr, setzt ihre aufrecht stehenden Triebe an, die in ihrer hellen Farbgebung, in der senkrechten Stellung wie aufgesetzte Weihnachtskerzen am Tannenbaum erscheinen. Aus diesen Trieben entwickeln sich neben neuen Nadelzweigen die männlichen oder weiblichen Blüten, und eine Kiefer im vollen Blütenstand — sie blüht erst etwa vom 30. Lebensjahre ab —, wenn der Baum mit männlichen Blüten überhäuft ist, aus denen beim Schütteln eines Astes der Blütenstaub wie eine feine Puderwolke entweicht, ist ein überaus freundliches Bild.

Aber da sind noch die anderen Frühlingskinder der Heide: Birke, Wacholder. Die Birke ist ein echter Heidebaum; sie ist besonders der Baum der Moorheide. Hier gedeiht die Birke urwäldlich in allen Größenmaßen als Busch und Baum. Und wenn sie in den ersten Lentagen ihr neues frisches Grün ansetzt, dann geht ein Aufleuchten über die graubraune Moorheide wie ein heller, frohgemuter Jubelakkord klingt es dann über das Land. Es gibt kein fröhlicheres Bild als das zarte, helle Grün der Millionen von Birkenstängeln im dunklen Heidegrunde mit den dazwischen gestreuten blaugrün erscheinenden Kiefernbeständen. Seltsame Farbentöne in der Frühlingsheide, zumal wenn ein schattiger, mit weißen Federwölkchen besprenkelter Himmel sich über dem Ganzen wölbt!

Der Dritte im Bunde ist der Wacholder. Diese Zapresse des Nordens kommt hier schon selten vor. Man muß weit über die Lüneburger Heide wandern, wenn man die Stellen finden will, wo der Wacholder in hübschen Gruppen steht. Im Bilseder Gebiet trifft man ihn, in der Gegend des Fallensberges bei Fallingshofel, in der Heide nördlich Giffhorn und an manden anderen Stellen. Auch der Wacholder (Juniperus) legt im Mai seine frisch-grünen Triebe an, die sich vom blau-grünen alten Blätter-

Die Erfüllung des Ultimatus

Halbamtlich wird gemeldet: Mit dem 30. Juni ist die Frist für die Erfüllung einer Reihe wichtiger Bedingungen des Ultimatus abgelaufen. Bis zu diesem Tage waren die Selbstschutzorganisationen aufgelöst, war die Ablieferung der sämtlichen von den Selbstschutzorganisationen angemeldeten Waffen durchgeführt und waren die Bestände an Heeresgerät abgeliefert, welche die von den Kontrollkommissionen festgesetzten Höchstzulassungen überschreiten. In allen drei Punkten ist die Frist eingehalten worden. Die Internationalisierte Militärkontrollkommission hat hieron Nachricht erhalten.

Aus München wird gemeldet: Mit der Auflösung der Einwohnerwehren Bayerns hört am 1. Juli 1921 die Landesleitung zu bestehen auf. Die Aufstellungs-Abrechnungsarbeiten werden durch eine Haupt-Abrechnungsstelle, die Verwertung des vom Staate geliehenen Materials zugunsten der Staatskasse durch eine Verwertungsstelle durchgeführt.

Gesetzliche Siebenstundenschicht im Bergbau

Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrates kam, wie den VBR, mit geteilt wird, in seiner Sitzung am 29. Juni zu einer endgültigen Beschlußfassung über die Arbeitszeit im Steins- und Kohlenbergbau. Der Berichterstatter Gärtner, der hierzu einen Antrag auf Ausdehnung der gesetzlichen Regelung der Arbeitszeit auf den gesamten Bergbau unter Tage unter Zugrundelegung der Siebenstundenschicht gestellt hatte, gab einkleitend einen Überblick über den bisherigen Verlauf der Verhandlungen.

Die Aussprache bewegte sich vor allem um die Rückwirkung der durch die Annahme des Ultimatus geschaffenen Lage auf die Kohlenproduktion. Es wurde darauf hingewiesen, daß die deutsche Kohle sich vorläufig noch um 125 bis 140 M. unter dem Weltmarktpreis stelle und daß beabsichtigt sei, sie dem Weltmarktpreis anzupassen, um die Differenz auf dem Wege der Erhöhung der Kohlensteuer für die Reparationszahlungen nutzbar zu machen. Der Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums erwiderte auf Aufforderung der Beschlußfassung, bis der Reichskohlenrat keine Beratungen abgeschlossen habe. Ebenso legte der Vertreter des preussischen Handelsministeriums dem Ausschusse nahe, sein Gutachten insofern der gänzlich veränderten Wirtschaftslage bis zur bevorstehenden gesetzlichen Regelung der gesetzlichen Arbeitszeit aufzuschließen.

Der Ausschuss war jedoch der Meinung, daß, nachdem ihn die Frage der Regelung der Arbeitszeit im Bergbau in einer ganzen Reihe von Sitzungen eingehend beschäftigt habe, eine weitere Verzögerung nicht zu rechtfertigen sei und ein abschließendes Gutachten dem Wunsch des Reichsarbeitsministeriums gemäß erstattet werden müsse.

Ein Antrag Gärtner wurde im folgenden Wortlaut gegen eine Stimme angenommen:

„In Bergwerksbetrieben unter Tage gilt die am ... 1921 durch Tarifverträge zwischen den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen festgesetzte Schichtzeit als Höchstschichtzeit.

Soweit solche Tarifverträge nicht bestehen oder außer Kraft gesetzt werden, beträgt die Schichtzeit einschließlich Ein- und Ausfahrt (vom Betreten des Förderortes oder des Stollenmundloches bis zum Verlassen derselben) im allgemeinen 7 Stunden, bei besonderen wirtschaftlichen Notwendigkeiten 7½ Stunden.

Bei Temperaturen von 28 bis 32 Grad Celsius, von 32 bis 36 Grad und bei mehr als 36 Grad Celsius sind tariflich entsprechende Abkürzungen in der Schichtzeit vorzunehmen. Bestehen Tarife nicht, so hat die Bergbehörde je nach Art und Ordnung der beiderseitigen Organisationen diese Abkürzung anzubestimmen.

Bei Streikzeiten aus Abs. 2 und 3 sind die tariflichen Schlichtungsausschüsse und erforderlichenfalls das Reichsarbeitsministerium anzuzuziehen.

Das bedeutet, daß die Siebenstundenschicht als gesetzliche Schichtzeit gelten sollte, daß indes der tariflichen Vereinbarung die Möglichkeit gelassen werden soll, die Schichtzeit auf weniger als 7 Stunden zu verkürzen. Einen anderen Sinn kann die Bezeichnung Höchstschichtzeit im ersten Absatz der Entschliessung nicht haben, und eine andere gesetzliche Regelung erschiene uns unannehmbar; denn die Bergarbeiter, die die Sechstundenschicht eritreben, dürfen auf keinen Fall gesetzlich auf die Siebenstundenschicht festgelegt werden. Jede gesetzliche Regelung der Arbeitszeit kann nur die Festsetzung von Höchstarbeitszeit zum Zweck haben.

werk so prächtig abheben. Mit der Heide selbst wird freilich auch der Wacholder mehr und mehr verdrängt; inzwischen gibt es in der Lüneburger Heide noch Stellen, wo dieses eigenartige Nadelgewächs fast stolze Baumhöhe erreicht.

Und vergessen wir die Fichte nicht! Sie wird (auch Kottanne genannt) viel mit der Tanne (Echtanne) verwechselt; wohl weiß sie uns allermeist die Weihnachtsbäumchen liefern. Aber in der oben erwähnten Gegend des Fallensberges — die neben dem Bilseder Gebiete entschieden zum schönsten der Gesamtheide gehört — herumnäher, wird geradezu königliche Exemplare dieses herrlichen Nadelbaumes antreffen, namentlich dort, wo der Baum unbehindert einzeln steht. Wie eine Pyramide steht er in der Landschaft, flankiert von einigen Birken; schnurgerade der Stamm, die untersten Zweige liegen auf dem Boden auf und geben breit auseinander. Vom dunkelgrünen der alten Nadeln heben sich die leuchtend zart-grünen weichen Spitzentriebe der Fichte ab. Fürwahr, es ist ein herrlicher Baum, der uns hier in der Heide — auch sonst gedeiht er überall in deutschen Länden — erstreckt. Und wo er wächst, da ist die Luft gut, denn die Fichte verträgt keinen Rauch, keine schlechte Luft; in der Großstadtatmosphäre verkommt sie.

Nur eine Pflanze der Heide bleibt noch bescheiden zurück; das Heidekraut. Zwar grün es und spricht es, tief am Grunde der Heidekrautbüsche auch schon, aber von oben und von weitem sieht die ganze Heidefläche doch noch einfarbig grau und matt aus. Die Zeit des Heidestrauches kommt erst später. Aber es fragt sich, wann die „Heide“ schöner ist, zur Blütezeit im August oder im Frühjahr. Ich siehe jedenfalls den frischen, farbenfrohen Frühling vor. Wie herrlich dieser die Heide zu schmücken versteht, das erkennt man so recht, wenn man mit dem Wanderstab in der Hand die Gegend von Celle über Bergen (Sieben Steinhäuser) bis Fallingshofel durchstreift.

Schülerführungen in der Berliner Nationalgalerie. Die Berliner Lehrerschaft war dieser Tage von dem Bunde für Schultausstellungen zu einer Muster-Unterrichtsstunde in die Berliner Nationalgalerie eingeladen worden. Die Lehrer waren so zahlreich erschienen, daß das Treppenhause, in dem der gute Akustik wegen die Vorträge gehalten wurde, dicht gefüllt war und vor Andrang nicht geschlossen werden konnte — ein erfreuliches Zeichen für das Interesse, das die Groß-Berliner Lehrerschaft der praktischen Förderung künstlerischer Jugendbildung entgegenbringt. Während bei der vorigen Lektion Volksschüler unterrichtet worden waren, hielt diesmal Studentat Dr. Hilpert eine Übung mit Primanern eines Gymnasiums vor der großen Grundwaldlandschaft von Walter Leistikow. Er gab erst eine Analyse des Bildes von rein ästhetischen Gesichtspunkten aus, bei der die Antworten der jungen Leute regelmäßig und frisch erfolgten und bei der sich

Durch die Möglichkeit, in besonderen Fällen die Schichtdauer auf 7½ Stunden festzusetzen, soll der Einlegung von Ueberhöhten Spielraum gegeben werden. Als selbstverständlich erscheint es uns, daß auch das nur möglich und erlaubt ist nach Vereinbarungen mit den Bergarbeiterorganisationen.

Die Gefangenen-Erschießungen vor dem Reichsgericht

Bei Beginn des heutigen 3. Verhandlungstages teilt Präsident Schmidt mit, es sei ihm zu Ohren gekommen, daß gestern im Gerichtsgebäude Beschimpfungen von Zeugen vorgekommen seien. Der Präsident bezeichnet dieses Verhalten als vollkommen unangehörig und droht an, im Wiederholungsfall mit geeigneten Maßnahmen einzugreifen.

Nach dem Aufruf der für heute geladenen Zeugen erbot sich der Verteidiger des Angeklagten Crusius, Rechtsanwalt Dr. Fißan, eventuell als Zeuge zu bekunden, daß er dem Angeklagten, der ihn von Anfang an mit seiner Vertretung beauftragt habe, seinerzeit geraten habe, sich in der Voruntersuchung nur über die Vorgänge am 26. August 1914 verantwortlich zu äußern, da die französische Auslieferungsliste anscheinend zur die Vorgänge dieses Tages im Auge habe.

In der vorliegenden Zeugenvernehmung bekundet der Kaufmann Albert Wegmacher aus Freiburg i. Br., daß er seinerzeit als Unteroffizier der Kompanie des Angeklagten Crusius angehört habe. Der Zeuge hat nach Ersehen der Auslieferungsliste Major Crusius auf dessen Wunsch mitgeteilt, daß er am 21. August gehört habe,

daß Stenger den fraglichen Befehl erteilte. Stenger habe eine Besprechung mit Offizieren gehabt und er, Zeuge, habe gehört, daß Gefangene bzw. Verwundete erschossen werden sollten, wenn dies auch nicht in Befehlsform gesagt worden sei. Heute kann der Zeuge keine bestimmten Angaben darüber machen. Er gibt zu, daß von solchen Verwundeten die Rede gewesen sein könne, die deutsche Soldaten von hinten beschossen hätten. Der Zeuge hat nicht die Auffassung, daß General Stenger wehrlose Verwundete habe erschließen lassen wollen. Ob der Befehl abnungsgemäß weitergegeben worden sei, weiß der Zeuge nicht. In der Gruppe sei aber davon die Rede gewesen.

Der Präsident hält dem Zeugen vor, daß seine Aussage widerprüchlich ist. Wegmacher erklärt weiter, nicht beobachtet zu haben, daß Major Crusius jemals von seiner Waffe Gebrauch gemacht habe. Ueber die Vorgänge am 26. August äußerte sich der Zeuge unter anderem dahin, daß ein Mann der 2. Kompanie einen verwundeten Franzosen, der um sein Leben bat, aus einer Entfernung von einem Meter erschossen habe. Der Feldwebel habe diesen Mann zur Rede gestellt und ihm Erschießung angedroht. Am Nachmittag des 26. August sei Crusius sehr aufgeregt gewesen und habe viel geschrien.

Der Oberreichsanwalt macht hierauf die Mitteilung, daß er fordern ein Telegramm erhalten habe, worin ein Hauptmann sich erbot, zu bekunden, daß Crusius bereits am 26. August feilsch zusammengebracht war. Die Ladung dieses Zeugen wird beschlossen.

Als Zeuge wird dann Oberleutnant Baule vom Reichswedderministerium aufgerufen, der selbst beschuldigt ist, einen französischen Hauptmann erschossen zu haben und sich deshalb demnächst vor dem Reichsgericht zu verantworten haben wird. Der Präsident macht dem Zeugen darauf aufmerksam, daß er solche Aussagen verweigern könne, die ihn selbst belasten könnten. Oberleutnant Baule, der die Schlacht bei Saarburg als Führer der 9. Kompanie Inf. Regt. 112 mitgemacht hat, hat erst im Oktober 1914 aus dem „Ratin“ von dem offenbar gefälschten Befehle des Generals Stenger Kenntnis erhalten. Die Form dieses Befehles sei derartig gewesen, daß es unmöglich von einem deutschen General herrühren konnte. Der Zeuge schildert dann die Ereignisse an den fraglichen Tagen. Am Abend des 26. August habe er den Eindruck

daß Crusius absolut unzurechnungsfähig war. Crusius habe ihm während der Schlacht er schlapp gemacht habe. Der Zeuge hat dann Gefangene kommen, die an General Stenger vorübergeführt wurden, daß der General etwas gegen die Abführung eingewarnt. Grausamkeiten gegen Gefangene seien nicht vorgekommen. Stengers Runde habe er nie gehört, daß Gefangene erschossen sollten.

Der Rücktritt des heilischen Innern. Staatspräsident Ulrich legte den heilischen Landtag dem Rücktritt des Ministers des Innern, Dr. Fuld (Sohn) bekannt und teilte mit, daß er das Ministerium des Innern verwalte werden, womit sich der Landtag einverstanden erklärte.

eine lebhaftige Aussprache mit den besonders interessierten unter den anwesenden Lehrern entwickelte. In der abschließenden fünfstündigen Lektion mit einer Darlegung der Stimmung des Volkstümlichen Bildes. Im Anschluß daran sprach der Direktor der Nationalgalerie, Geh. Rat Just, große Freude aus, daß ein Pädagoge an einem so einfachen klaren Kunstwerke so eingehend und so eindringliche Kräfte knüpfen könne. Just verteilte die kleinen Bilderbestände mit ihm geschriebenen Bildanalysen, in denen in ähnlicher Weise in einzelnen Kunstwerken eine Einführung in das Wesen der künstlerischen Schöpfung geboten wird. Die Führung, an der u. a. Berliner Schulrat Engel und Prof. Dr. Reinstein vom Institut für Erziehung und Unterricht teilnahmen, soll sehr erfolgreich sein. Bei der großen Zahl der interessierten Besucher — in Berlin zählt der Bund allein 18 000 Mitglieder — sind in Besprechungen der Leitung der Nationalgalerie als Vorstandes erst einmal über prinzipielle Fragen eine Abklärung erfolgt.

Eine Pariser Studenten-Siedlung. Der Wohnungsnot und dem dadurch gesteuert werden, daß auf dem Gelände der niedrigen Pariser Festungsmauern im Süden der Stadt eine große Siedlung für Studenten errichtet wird, die neben einfachen Wohnräumen große Spielräume, Gartenanlagen und Sportplätze für die heranwachsende Jugend umfassen soll. Paris nimmt sehr rasch an wohnern zu, erklärte der Leiter des statistischen Amtes der Pariser Stadt, Paris, Bonnier. In den letzten hundert Jahren ist die Bevölkerung um 345 Prozent gewachsen. Wenn das in den nächsten Jahren so weiter geht wie in den letzten 20, dann wird die Bevölkerung von 14 Millionen erreichen. Wir müssen als sehr ernsthaft an Ausdehnung des Wohngebietes denken, das durch die Niederlegung der Befestigungsgewinne und die soll zur Anlage von Gartenkolonien benutzt werden. Studentenhäuser, die im Süden erbaut werden, sind in der Art Arbeiterwohnungen gedacht und werden den armen Studenten Gelegenheit bieten, unter günstigen Bedingungen zu möglichen billigen Preisen ihre Unterkunft zu finden.

Das Schicksal des deutschen Entomologischen Instituts. Das auf einer Stiftung des 1909 verstorbenen Insektenforschers Dr. C. Kraack in Berlin beruhende und in einem hübschen Heim untergebracht Deutsche Entomologische Institut und Museum in Dahlem befindet sich infolge der Geldentwertung in finanziellen Schwierigkeiten. Es hat seine Heftbetriebe, dem Kapital bedürftig. Das Institut befindet sich in Verwaltung der Stadt Berlin. Da diese aber bei ihren eigentlichen Schwierigkeiten nicht in der Lage ist, die Heftbetriebe zu decken, soll das Institut und Museum an das Reich unter der Bedingung abgetreten werden, daß das Reich das Institut ohne Entschädigung übernimmt und sich verpflichtet, für sein Fortbestehen zu sorgen.

Die Götterkammer im Theater in der Königsplatzstraße. Freitag, den 1. Juli, ist auf einen Monat herabgesetzt Spiel mit Karl Schwanitz, Glands und Feiner.

Sondergerichtsverfahren in der BRPD.

Der Ausschluß Kaspars

Der Kommunist Kaspar schreibt uns: Die „Rote Fahne“ vom Sonnabend, den 25. Juni, Abendausgabe, veröffentliche meinen Ausschluß aus der B. R. P. D. Ich glaube zuerst, daß es ein Versehen des Redaktionsbüros sei, nun mir aber der Ausschluß mit der in der „Roten Fahne“ gleichlautenden Begründung zugegangen ist, sehe ich mich veranlaßt, öffentlich zu erklären, daß hier ein Ausnahmegerichtsverfahren schlimmster Art, gepaart mit einer Ueberheblichkeit, Unethik und Unkenntnis in den Dingen der Arbeiterbewegung durch den Untersuchungsausschuß vorliegt, das öffentlich zurückgewiesen werden muß.

Es stimmt, daß ich in der Fraktionsführung des Buchbinder-Verbandes zu meiner Handlung stand und stehe und dies auch scharf und bestimmt zum Ausdruck gebracht habe. Die Unterschrift unter die beiden Aufrufe der Berliner Gewerkschaftskommission müßte von jedem Kommunisten, der die theoretische Linie der B. R. P. D., Erhaltung und Revolutionierung der Gewerkschaften, innehat, geleistet werden. Daß die „Rote Fahne“ mit ihren läppischen und unwahren Anfeuern und die Bezirksleitung Berlin mit ihren unehrenhaften Aktionen und mit ihrer Verbindung mit der B. R. P. D. diese Linie verlassen hat, ist bekannt, und diese Stellen um Rat gehen, sich mit ihnen deshalb in „Verbindung setzen“, wäre ein solcher Mangel an eigener Urteilskraft, daß ich wünsche, daß wenig Kommunisten auf verantwortungsvollen Posten diesen Mangel an eigener Urteilskraft aufweisen.

Es stimmt nicht, daß ich es abgelehnt habe, trotz mehrfacher Aufforderung in der Sitzung des Untersuchungsausschusses zu erscheinen.

Am 22. Juni landete ich der Bezirksleitung Berlin die Beschwerde gegen die politische Einseitigkeit der „Roten Fahne“ und der Bezirksleitung anlässlich der Arbeitslosen-Demonstration und verlangte schnellstens Untersuchung und Aussprache. Diese Sitzung wurde auf Mittwoch, den 28. Juni angesetzt, und am Freitag, den 24. Juni, vormittags erhielt ich die am 23. Juni geschriebene Ladung, vor dem Untersuchungsausschuß wegen der Unterzeichnungsleistung unter den Aufruf der Berliner Gewerkschaftskommission am Donnerstag, den 30. Juni, abends 6 Uhr, zu erscheinen.

Am Freitag, den 24. Juni, abends 7 Uhr, wurde mir von Schumacher in der Fraktionsführung des B. R. eröffnet, daß anderen Tages, am Sonnabend, den 25. Juni, vormittags 9 Uhr, der Untersuchungsausschuß wegen meines Ausschlusses zusammentreten werde. Ich erklärte sofort, daß es mir anderen Tages vormittags 9 Uhr nicht möglich sei, zu kommen, da ich zur selben Stunde auf dem Schlichtungsausschuß zu tun hätte, und daß ich verlange, daß der bereits angelegte Termin vom Donnerstag, den 30. Juni, beibehalten werde.

Mein der „Roten Fahne“ eingesandter Artikel und die der Wahrheit entsprechenden Darstellungen waren der „Roten Fahne“ und der Bezirksleitung unbekannt geworden, und deshalb wohl die schnelle Geheimhaltung, die Vollziehung des Ausschlusses, ohne mir die Möglichkeit der Rechtfertigung zu geben.

Also weder bin ich mehrmals aufgefordert worden, zum Untersuchungsausschuß zu kommen, noch war berechtigter Grund dafür vorhanden, die Sitzung des Untersuchungsausschusses innerhalb weniger Stunden stattfinden zu lassen.

Zur Begründung des Ausschlusses wird angeführt, daß ich es abgelehnt habe, mein Amt im Ausschuß der Gewerkschaftskommission niederzulegen. Der Beschluß hierzu wurde in der Fraktionsversammlung der Buchbinder, obwohl sie in solcher Forderung nicht zuständig ist, mit 23 gegen 12 Stimmen gefaßt. Die Zahlstelle des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter Berlin zählt 16 000 Mitglieder. Ich vertritt im Ausschuß nicht nur diese 16 000 Mitglieder meiner Zahlstelle, sondern bin dort Vertreter der graphischen Industrie, also der

Buchdrucker, der graphischen Hilfsarbeiter und der Lithographen und Steinbruder mit zusammen etwa 45 000 Mitgliedern. Es wäre auch hier ein Mangel an eigener Verantwortung und ein Mangel an Vertrauen gegenüber meinen Mandatgebern, wenn ich dem Verlangen dieser 23, welche sich von den demagogischen Worten von Schumacher, Walcher und eines Redakteurs der „Roten Fahne“ in dieser Fraktionsversammlung einfließen ließen, nachkommen und mein Amt im Ausschuß der Gewerkschaftskommission niederlegen würde.

In Nr. 288 der „Roten Fahne“ werde ich von den jungen Bürokraten der „Roten Fahne“, welche meinen Bericht über die Vorgänge im Gewerkschaftshaus unterschlagen haben, als Renegat bezeichnet, weil der Bericht seinen Weg in die Öffentlichkeit gefunden hat. In diesem Artikel der „Roten Fahne“ mache ich nun persönlich die Erfahrung, daß die Schreibtisshelden der „Roten Fahne“ selber lügen. Ich war Augenzeuge des Beginns der Prügelei im Gewerkschaftshaus und habe bei der Redaktion telefonisch Verwahrung eingelegt gegen die unrichtige Darstellung der „Roten Fahne“ und habe dies in dem Schreiben an die Bezirksleitung sowohl, wie in dem von der „Roten Fahne“ unterschlagenen Bericht ebenso klar und bestimmt gesagt. Ich sah, daß Sabatz überfallen und geschlagen wurde. Der Bericht in der „Roten Fahne“ vom Dienstag, den 21. Juni, Morgenausgabe, von Schumacher geschrieben, ist entweder von ihm selbst erschwindelt, oder es ist Schumacher beschwindelt worden. Schumacher war im Gewerkschaftshaus nicht anwesend.

Daß ich „die schuldbeladene Gewerkschaftsbürokratie“ reinwaschen wolle, ist eine Phrase, die von den begangenen Fehlern der Redaktion der „Roten Fahne“ und der Berliner Parteileitung ablenken soll. Daß ich die Auffassung hatte, daß Gewerkschaftskommission und A. D. G. B. sich nicht weigern sollten, vor den Arbeitslosen zu sprechen, stimmt, daß dadurch aber die Ereignisse im Gewerkschaftshaus gegen die Einrichtungen und den Bestand der Gewerkschaften von jenen Elementen, die am Demonstrationstage hier ihre Anwesenheit trieben, unterblieben wären, glaube ich nicht, und habe ich der Redaktion der „Roten Fahne“ niemals befohlen.

Die Büchsen der „Roten Fahne“ unterschlagen und schwindeln. Der Verband der Buchbinder, Zahlstelle Berlin, sandte der „Roten Fahne“ am Mittwoch, den 29. Juni, einen Bericht über die Arbeitslosenversammlung vom Montag, den 27. Juni. Er wird von der Redaktion der „Roten Fahne“ nicht gedruckt, stattdessen bringt sie in der Donnerstag-Morgenausgabe vom 30. Juni einen Bericht über die Fraktionsversammlung vom Freitag, den 24. Juni, der falsch ist und den gewollten Zweck, mit Unrichtigkeiten die Kollegenschaft gegen mich aufzubringen, niemals erreichen wird. Wenn Walcher sagt, daß meine Darlegungen in jener Fraktionsversammlung im Ton sehr viel milder gehalten waren als im Bericht, so stimmt das nicht. Ich habe es allerdings unterlassen, mir die Person Walchers vorzunehmen und an ihm das Fehlen jeglicher Zivilkurage zu demonstrieren.

Daß unter den Diskussionsrednern, die mich „gründlich widerleg“ hätten, mehrere Augenzeugen der Vorgänge im Gewerkschaftshaus gewesen seien, hat sich der Berichterstatter aus dem Jüngern gelogen, nicht ein einziger der Diskussionsredner, die gegen meine Auffassung sprachen, ist Augenzeuge der Vorgänge gewesen. — Daß unter den 12, die gegen den Antrag stimmten, 9 eigentlich für den Rücktragsantrag gewesen wären, ist eine Annahme des Berichterstatters, die ihm das Zeugnis gibt, daß er eine starke Phantasie hat, aber für die Behauptung nicht den Schatten eines Beweises beibringen vermag.

Wir haben mit unserer arbeitslosen Kollegenschaft direkt gesprochen und werden mit den in Arbeit stehenden Kollegen trotz jaskher Einstellung der „Roten Fahne“ und der Parteileitung der B. R. P. D. die Interessen der Arbeitslosen und der Gesamtarbeiterschaft wahren. Peter Kaspar.

Der neue Holzprozeß

Max Hölz soll wegen der Bergelien, die er sich im Frühjahr 1920 im Vogtlande zuschulden kommen ließ, noch einmal vor Gericht gestellt und zu diesem Zwecke nach Dresden transportiert werden. Seine Verteidiger hegen den gewiß nicht unbegründeten Verdacht, daß Hölz unterwegs etwas geschehen könnte. (Erschießen auf der Flucht usw.) Sie haben sich dieserhalb an den Staatsanwalt mit dem Ersuchen gerichtet, den Transport nach Dresden zum Zwecke der Überwachung zu begleiten. Dieses Ersuchen ist abgelehnt worden. Justizrat Dr. Broch hat nunmehr an die Staatsanwaltschaft des Landgerichts I einen ausführlich begründeten Antrag gerichtet, in dem es heißt:

„Käme es im Falle Hölz zu der Wiederholung eines der vielen Exzesse, die bei dem Transport von Revolutionären bisher in der deutschen Republik gang und gäbe gewesen sind, so würden weite Kreise des Volkes das Vertrauen zu einer völlig unparteiischen Darstellung des Sachverhaltes nur dann haben, wenn auch die Verteidigung zu dem Transport mit hinzugezogen wäre. Ich muß schon jetzt, wenn — wie kaum anders zu erwarten ist — ein solcher Exzeß geschieht, Sie hierfür verantwortlich machen, da Sie hinreichend gewarnt waren. Herr Staatsanwalt Jäger hatte in öffentlicher Verhandlung erklärt, daß er Kenntnis davon erhalten habe, daß Hölz durch Kommunisten in Sipo-Uniform befreit werden sollte. Hölz erblidt in diesem angeblichen Befreiungsversuch bereits die Vorbereitung eines beim Transport gegen ihn zu unternehmenden Anschlages, der dann dem Publikum als Abwehr dieses Befreiungsversuches plausibel gemacht werden soll. Sollte übrigens die Furcht vor einem Befreiungsversuch der Grund sein, weshalb der Befreiungsversuch die Erlaubnis zur Begleitung des Transports verweigert wird, so verpflichten sich sämtliche Verteidiger ehrenwörtlich vom Transport und seinem Zeitpunkte niemandem eine Mitteilung oder auch nur eine Andeutung zu machen.“

Die Befürchtungen der Verteidiger sind nicht von der Hand zu weisen, nachdem auf diesem Gebiete soviel Entschliches geschehen ist. Die Staatsanwaltschaft hat daher die Pflicht, dem Ersuchen der Verteidiger stattzugeben.

Tagung der Maschinisten und Heizer

k. Karlsruh, 29. Juni.

Am dritten Verhandlungstag leitete eine ausgedehnte und lebhaft debattierte über das Referat Berufsorganisation oder Industrieverband ein. Die Meinungen sind sehr geteilt. Ein Teil der Diskussionsredner ist für Beibehaltung der Berufsorganisation, weil nur in diesen es möglich ist, die beruflichen Interessen zu fördern. Ein anderer Teil der Delegierten ist der Auffassung, daß durch Schaffung von Industrieverbänden die Machtposition der Arbeitnehmererschaft gegenüber dem Kapitalismus und dem Unternehmertum bedeutend vergrößert wird. Einige kommunistische Redner machen Propaganda für eine allgemeine Arbeiterunion.

Müller-Berlin führte aus, daß die Frage Industrieverband oder Berufsorganisation nicht unter dem Gesichtspunkt behandelt werden könne, daß man mit dem Unternehmertum um Lohn-erhöhungen feilsche. Heute hätte sich die Arbeitererschaft ein anderes Endziel gestellt, nämlich die

Ablösung der kapitalistischen Wirtschaftsform

durch die sozialistische Wirtschaftsweise. Notwendig sei, daß in den Industrieverbänden die Hand- und Kopfarbeiter zusammengeführt werden, denn diese gehörten zusammen. Im Interesse der Arbeitnehmererschaft sei es zweckdienlich, daß man zu einer höheren Gewerkschaftsform komme. Der Bundesausschuß müsse dann nicht mehr aus Vertretern der einzelnen Berufe, sondern aus Vertretern der einzelnen Industriegruppen zusammengesetzt werden. Wenn dann Beisitzer zur Schaffung dieser Industrieverbände gesandt würden, müßten sie auch gehalten werden. Wenn die Funktionäre und Angehörige der einzelnen Berufsorganisationen den Kampf gegen die Industrieverbände aufnehmen würden, dann würde die Entwicklung über sie hinweggehen. Müller bittet, eine Entscheidung anzunehmen, die den Zentralvorstand beauftragt, alle Fragen zu prüfen, die dazu angetan sind, die Schlagkraft der Arbeitererschaft zu heben. Hierzu sei die

Schaffung von Industrieverbänden

notwendig. Es müsse alles erwogen werden, damit bei einer eventuellen Verschmelzung durch Beschluß des kommenden Gewerkschaftskongresses alle Fragen soweit geklärt seien, daß die Verschmelzung glatt durchgeführt werden könne.

Einige Beisitzer der Industrieverbände wiesen darauf hin, daß es schon aus volkswirtschaftlichem Interesse notwendig sei, die Gewerkschaften umzugestalten. Neben den bereits vorgeschlagenen 15 Industriegruppen müßte noch eine 16. Gruppe für die Energieerzeugung und -verteilung geschaffen werden. Einige Redner warnen vor der von Referenten Schlichting vorgeschlagenen Verquickung von Berufs- und Industrieverband, da dieses die ganze Materie auf ein verkehrtes Geleis bringen würde.

Einmütigkeit herrschte in der Ablehnung der Verschmelzung mit dem Metallarbeiterverband. Die Delegierten aus dem schlesischen Gebiet, aus der Lausitz und von der Donauwasserstraße und noch einige andere erklärten sich strikte für Beibehaltung der Berufsorganisation, da in ihr die Hauptmacht zur wirksamen Berufsvertretung liege. Nur in einer Berufsorganisation sei es möglich, die Interessen der Kollegenschaft richtig zu vertreten, sich dem Unternehmertum gegenüber durchzusetzen und zu behaupten.

Eine Arbeiterunion wurde von fast allen Rednern abgelehnt, weil diese die Arbeitererschaft zerreiße, und so zu einem ohnmächtigen Gebilde werde.

Cohen, der Vertreter des A. D. G. B. ist auch der Auffassung, daß das Problem der Gestaltung der Gewerkschaften einer gründlichen Erörterung bedarf. Der Gedanke der Schaffung von Einheitsorganisationen habe in den letzten 25 Jahren die verschiedensten Verbandstagen und Gewerkschaftskongresse beschäftigt. In den Organisationen der Holzarbeiter, Bauarbeiter und Metallarbeiter seien die

Anfänge für Industrieverbände

schon vorhanden. Gegen den Gedanken eines Einheitsverbandes seien heute noch die meisten Verbände und die einzelnen Berufsangehörigen. Um etwas Derartiges zu schaffen, sei es notwendig, daß sich dieser Gedanke erst mal in den Köpfen der Arbeiter durchsetze. Es könne möglich sein, daß diese Einheitsorganisation das Endziel werde. In den Industrieverbänden würde Arbeitszeit gleichmäßig geregelt, dagegen müßten Lohn- und Arbeitsbedingungen beruflich geregelt werden. Höhere qualitative und quantitative Leistung müsse höher bewertet werden. Eine Verquickung von Berufsorganisationen und Industrieverband bringe nur Schwierigkeiten und Grenzstreitigkeiten mit den anderen Verbänden. Cohen ist der Auffassung, daß es das zweckdienlichste ist, wenn der Verbandsvorstand in Gemeinschaft mit dem Bundesvorstand die Frage prüft.

Die Verhandlungen werden hierauf unterbrochen, da der Verbandstag am Nachmittag einen Ausflug unternimmt. Weiterberatung am Donnerstag.

Aus der Partei

Trreführende Gerüchte

Zimmer wieder tauchen in der bürgerlichen Presse Meldungen auf, wonach sogenannte Einigungsverhandlungen zwischen der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei und den Rechtssozialisten stattfinden. Das Zentralkomitee teilt uns mit, daß daran kein Wort wahr ist.

Die italienischen Sozialisten und die Regierungskrise

Paul Mang der „Stampa“ hat Giolitti endgültig abgelehnt, die Kabinettsbildung zu übernehmen. In der Neubildung der Regierung wurde der immerpräsident de Nicola betraut.

Ueber die Stellung der sozialistischen Partei Italiens zur inneren Politik sprechend, sah G. Serrati kürzlich in einem Vortrag der proletarischen Volkshochschule Mailand aus: „Eine Gefahr für unsere Partei ist höchstens dann auf, wenn Giolitti seine Koffer packt, da ununterbrochen Genossen wohl solche vorhanden sein mögen, die erklären: Mit Giolitti nicht, wohl aber mit einem andern.“ Es ist nicht ausgeschlossen, daß Giolitti bei seinem Rücktrittsansatz diese Serrati ausgezeichnete Gefahr erwogen hat und daß er auf die Weise zu erreichen hofft, was er von Kammerauflösung und Wahlen vergeblich erwartet hat. In der Tat war eine so runde Notwendigkeit zum Rücktritt durch die Abstimmungen im Parlament nicht gegeben.

Die von Serrati angeregte Tendenz wird in der Hauptsache von Turati und Treves geführt und von der überwiegenden Mehrheit der neuen Fraktion unterstützt. Ob diese freilich auf eine ministerielle Allianz mit bürgerlichen Parteien hinstellt, wie von bürgerlichen Blättern und Kommunisten unterstellt wird, muß vorderhand noch als fraglich erscheinen, denn als erster sozialistischer Redner hat knose Barabano nach Eröffnung der Kammer für die sozialistische Fraktion die bestimmte Erklärung abgegeben, daß diese sich kein er bürgerlichen Regierung beteilige. An diesem Befuß dürfte auch der Rücktritt Giolittis nichts geändert haben.

Jetzt steht indessen, daß die sozialistische Partei zu einer wesentlichen Änderung ihrer früheren Haltung im Parlament bereit ist. Diese Bereitschaft ist ihren Ausdruck in einer von der Fraktion einstimmig angenommenen Resolution, welche der Regierung Giolitti als dem Förder und Duder des gegen die Arbeitererschaft gerichteten Terrors der ersten den schärfsten Kampf ansetzt, im übrigen aber erklärt, sie Politik zu unterstützen, welche die verfassungsmäßigen Rechte wieder herstellt und eine Besserung der insbesondere unter der Arbeitslosigkeit leidenden Arbeiterklasse erstrebt. Das schließt die Beteiligung an der Regierung keineswegs ein und bedeutet nur die Aufgabe der bisher im Parlament eingenommenen rein nzierenden Haltung.

Eine Bestätigung dieser Deutung bildet ein Telegramm der „Deutschen Allgemeine Zeitung“, demzufolge die italienischen Sozialisten eine Tagesansammlung festgelegt haben, die besagt, daß die Sozialisten dem Verlaß der Regierungskrise nicht teilnahmslos gegenüberstehen und daß, obwohl die sozialistische Parlamentsgruppe fast einstimmig gegen eine Teilnahme an der Regierung sei, es doch für angebracht gehalten würde, dem Versuch der ansetzenden Parteien, die eindauerhafte Lösung der Krise und eine nicht auf der Gewalt gegen die Bewegung des Proletariats beruhende Politik anzustreben, kein Hindernisse entgegengestellt werden sollten. Ueber die Abstimmung der von den Sozialisten im Parlament eingebrachten Tagesordnung sei noch bemerkt, daß für den ersten, die höhere Politik betreffenden Teil sowohl Sozialisten wie Faschisten, Nationalisten, die Gruppe Nitti, die Deutschen, die Spanen und die Kommunisten gestimmt haben, während sich beim zweiten, die innere Politik betreffenden Teil, Faschisten und Nationalisten der Abstimmung enthalten haben. Schon versuchen nun die bürgerlichen Blätter die Abstimmung nicht als eine Krise des Gesamtkabinetts, sondern als den

Rücktragsausdruck gegen den Außenminister Sforza zu deuten. Aber mit Recht hat Claudio Treves, der im Auftrag der sozialistischen Fraktion zur Außenpolitik sprach, darauf hingewiesen, daß in diesen Zeitläuften die Außenpolitik unmöglich eine untergeordnete Bedeutung haben kann, sondern den politischen Gehalt eines Kabinetts selbst darstellt. Darüber, daß die Sozialisten Giolitti als den Hauptverantwortlichen erkennen, konnte aber am wenigsten die am Freitag von Turati gehaltene Rede einen Zweifel aufkommen lassen. Sie war eine einzige Anklage gegen den Mann, der den Bürgerkrieg entfacht und die Brandfackel an die heiligsten Güter der italienischen Arbeitererschaft gelegt hat. Er wies darauf hin, wie die Hoffnungen des Bürgertums, unter dem Schutze des faschistischen Terrors, die Sozialisten aus ihren Positionen zu verdrängen und ihre parlamentarische Vertretung zu dezimieren, schließlich zerplatzt sind, und daß der einzige Unterlegene der Neuwahlen die Regierung gewesen ist. Sie hätte darum von vornherein den Mut zu ihrem Rücktritt aufbringen müssen.

Diese Rede des Genossen Turati hat ebenfalls die verschiedensten Deutungen gefunden. So ließ sich das „Berliner Tageblatt“ aus Rom melden, daß Turati für den Bürgerkrieg eingetreten sei und eine energische Regierung, gleich welcher Art, gefordert habe. In Wirklichkeit war es der Ausschrei eines über die zum System erhobenen blutigen Scheußlichkeiten und Verbrechen entsetzten Menschen, der in leidenschaftlichen Worten Abkehr von den begangenen Wegen des Mordes und der Brandstiftung forderte. Und wenn Turati seine Rede mit dem Rufe schloß: „So liebe Italien und es lebe im Interesse Italiens und der Welt der Sozialismus“, so ist auch hierin nur ausgedrückt, daß der Sozialismus das Gewissen der Menschheit ist, zu dessen Sprecher sich Turati inmitten einer von Proletarierblut besetzten Kammer im Namen unserer italienischen Genossen erhoben hat.

Die Verbrechen der italienischen Bourgeoisie

Nach einer Zusammenstellung, welche die italienische sozialistische Partei über die von den Faschisten begangenen Verbrechen veröffentlicht hat und die sich allein auf die Zeit vom 1. Januar bis 31. Mai 1921 bezieht, wurden 202 Personen ermordet und 1144 verwundet. Hierzu kommen noch die von der Polizei oder dem Militär Getöteten und Verwundeten, deren Zahl 44 bzw. 258 beträgt. In Brand gesteckt bzw. zerstört und beschädigt wurden in derselben Zeit 120 Arbeiterkammern und 243 Volkshäuser, Gewerkschaftshäuser und sozialistische Gemeindehäuser.

Die Mitschuld der Regierung Giolitti erhebt am besten durch einen Vergleich, der im Anschluß an diese Verbrechen vorgenommenen Verhaftungen von Arbeitern und Faschisten. Bei den ersteren betrug die Zahl der Verhaftungen 2240, bei den letzteren hingegen insgesamt 162. Aus diesen nüchternen Zahlen geht also unabweisbar die Begünstigung und Förderung der am italienischen Proletariat begangenen Verbrechen durch die Giolitti-Regierung hervor und da nur die Sozialisten durch den Mund Turatis die Regierung deswegen unter Anklage gestellt haben, auch die Mitschuld der gesamten italienischen Bourgeoisie.

Den Toten und Opfern des italienischen Proletariats schuldet auch die deutsche Arbeitererschaft unaussprechlichen Dank und Ehrung, denn der Kampf, in dem sie gefallen sind, ist auch unser Kampf.

Die Schulden der Milierien. Nach einer New Yorker Meldung hat im Finanzausschuß des Senats der Unterstaatssekretär der Finanzen mitgeteilt, daß die Zinsen der Schulden der Milierien sich am 15. Mai auf 943 634 750 Dollars beliefen, was nach augenblicklichem Kurs ungefähr 11 Milliarden Francs ausmache.

